PB.I-01-296

Kapitel 6: International zusammenarbeiten

BÜNDNIS 90
DIE GRÜNEN

46. Ordentliche Bundesdelegiertenkonferenz
11. - 13. Juni 2021

Antragsteller*in: Valentin Burghard (KV Berlin-Lichtenberg)

Änderungsantrag zu PB.I-01

Nach Zeile 296 einfügen:

Selbstbestimmung und Aufbruch in Lateinamerika

Transatlantische Partnerschaft hört für uns nicht an den Grenzen der USA auf. Wir setzen uns auch für eine aktive Partnerschaft mit den Ländern Lateinamerikas ein. Wir erkennen die vielen Schritte an, die dort auf dem Weg zu Emanzipation und Demokratie gegangen wurden. Gleichzeitig verurteilen wir die autoritären und diktatorischen Bestrebungen in Staaten wie Brasilien und Venezuela. Wir werden die vielfältigen Zivilgesellschaften weiter stärken und so Aktivist*innen, Journalist*innen und bedrohte Minderheiten wie indigene Völker und LSBTIQ* schützen. Soziale Bewegungen, wie in Chile, unterstützen wir ausdrücklich. Regenwälder wie der Amazonas sind zentrale Bausteine, um die globalen Klimaziele einhalten zu können. Eine weitere Abholzung ist für uns nicht hinnehmbar. Maßnahmen zum Erhalt und Schutz der Regenwälder wollen wir daher fördern. Unsere Handelspolitik soll sich an Leitlinien zum Schutz der Menschenrechte, dem Schutz des Klimas und der Umwelt orientieren. Wir vertrauen bei der Bekämpfung des Klimawandels dem Einfallsreichtum der Menschen vor Ort und werden diesen auf Augenhöhe, ohne Bevormundung begegnen und ihnen bei Bedarf helfen, ihre Lösungen erfolgreich auszuprobieren und umzusetzen.

Begründung

Der amerikanische Doppelkontinent ist abseits der USA eine vielfältige Region, deren außenpolitische Bedeutung von Deutschland und der EU nicht unterschätzt werden sollte. Die vielen Schritte auf dem Weg einer umfassenden Demokratisierung sollten begrüßt werden. Chile zeigt seit Oktober 2019 durch die soziale Bewegung und dem Referendum für eine neue Verfassung, beeindruckende Schritte zu einer weiteren Emanzipation. Dies ist anzuerkennen und zu unterstützen. Leider sind Aktivist*innen und Journalist*innen in vielen lateinamerikanischen Länder, die sich für die Umwelt oder die Rechte von Minderheiten einsetzen, starken Bedrohungen ausgesetzt. Eine Außenpolitik, die sich auf den Schutz der Menschenrechte beruft, muss das Engagement dieser Menschen anerkennen, sie schützen und bei ihren Aktivitäten unterstützen, ohne diese dabei zu bevormunden. Dazu gehört auch eine klare Positionen gegenüber Diktaturen und zunehmend autoritären Regimen wie Venezuela und Brasilien zu beziehen und deren Menschenrechtsverletzungen zu verurteilen.

Der Regenwald im Einzugsbereich des Amazonas gilt als einer der zentralen Kipppunkte im globalen Klimasystem und ist weiterhin durch Abholzung bedroht. Gerade unter Präsident Bolsonaro haben die Abholzungen zugenommen. Dies bedroht die Einhaltung der globalen Klimaziele und auch den Lebensraum indigener Völker. Der Schutz des Amazonas und anderer Regenwälder sollte deshalb eine Priorität unserer Außenpolitik sein. Ein Bestandteil dieser sind Handelsabkommen, welche sich

klar an Regeln und Leitlinien zum Schutz von Menschenrechten, Klima und Umwelt orientieren müssen.

weitere Antragsteller*innen

Kim Lang (KV Halle); Julius Hassemer (KV Berlin-Lichtenberg); Tobias Balke (KV Berlin-Charlottenburg/Wilmersdorf); Luiz Ramalho (KV Berlin-Steglitz/Zehlendorf); Klara Stock (KV Halle); Christian Huber (KV Berlin-Treptow/Köpenick); Sebastian Weise (KV Berlin-Charlottenburg/Wilmersdorf); Charlotte Steinmetz (KV Berlin-Kreisfrei); Jochen Matthies (KV Halle); Alexandra Heimerl (KV Berlin-Lichtenberg); Jana Eva Brix (KV Berlin-Charlottenburg/Wilmersdorf); Inga Carry (KV Berlin-Treptow/Köpenick); Martin Weiland (KV Berlin-Lichtenberg); Karin Hausmann-Kasper (KV Berlin-Lichtenberg); Andrea Nakoinz (KV Berlin-Lichtenberg); Melissa Hecht (KV Halle); Hans Geske (KV Halle); Dante Esteban Davis (KV Berlin-Lichtenberg); Jette Nietzard (KV Berlin-Lichtenberg)